



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/20 - 25.1.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Wiederaufrüstung und Haushalt	S. 1
Die polnischen Bauern und der Kommunismus	S. 3
Pariser Verträge - Grundlage für die Wieder- vereinigung? / Eine kritische holländische Stimme	S. 5

---

## Der Sprung in das Ungewisse

Von H.G.Ritzel, M.d.B.

Im Rahmen der parlamentarischen Beratung der Pariser Verträge spielt auch die Frage der künftigen Haushaltsbelastung eine große Rolle. In dem Entwurf des Haushaltsplanes für 1955 hat die Bundesregierung im ganzen den Betrag von neun Milliarden DM eingesetzt. Während der ersten Beratung des Haushaltsplans wurde von sozialdemokratischer Seite im Bundestag die Frage aufgeworfen, ob diese neun Mrd. DM genügen und es wurde angezweifelt, dass sie genügen. Ferner wurde von sozialdemokratischen Abgeordneten die Frage nach dem Gesamtaufwand der Erstausrüstung für die geplanten 12 Divisionen gestellt. Eine Antwort darauf erfolgte nicht.

Zur ersten Frage hat Bundesfinanzminister Schäffer erklärt, dass nicht mehr als neun Mrd. bereitgestellt werden würden und werden könnten. Von diesen neun Mrd. DM sollen 3 200 Millionen DM auf die Stationierungskosten und der Rest von 5 800 Mio DM auf den durch die Aufstellung deutscher Divisionen entstehenden Aufwand entfallen. Im Haushaltsausschuss erklärte der Bundesfinanzminister, für die Zeit nach den 12 Monaten sei eine Verpflichtung zur Zahlung weiterer Stationierungskosten deutscherseits nicht übernommen worden. Nach dem bisherigen Stand der Dinge ist nicht daran zu zweifeln, dass in einem noch festzustellenden Umfang auch nach 1955 von der Bundesregierung noch Stationierungskosten aufgebracht werden müssen, nur

werden heute darüber keine Zahlen genannt.

Die Verpflichtung, eine bestimmte Zahl von Truppen auf deutsche Kosten aufzustellen, sieht vor, dass die oft erwähnten 12 Divisionen, für die 500 000 Mann eingezogen werden sollen, innerhalb von drei Jahren erstellt werden. Die für die Aufstellung deutscher Divisionen erforderliche Summe unterliegt dem normalen parlamentarischen Bewilligungsrecht. Theoretisch kann also der Bundestag das Tempo und das Ausmass der Aufstellung deutscher Truppen bestimmen. Praktisch sieht die Sache anders aus. Hier wird sich das Dichterwort bewahrheiten: Nach dem Gesetz, nach dem du angetreten, wirst du deines Daseins Kreise vollenden.

Gerade die Gefahr einer ungeheuren Belastung des Haushalts zwingt dazu, vom Standpunkt des Steuerzahlers, zur Sicherung des sozialen Haushalts und zur Sicherung der Währung so früh als möglich klare Erkenntnis zu schaffen.

#### Noch unübersehbare Belastungen

Die Sozialdemokratie sieht mit großer Sorge den finanziellen Auswirkungen der geplanten Wiederaufrüstung entgegen. Der Haushalt künftiger Jahre wird durch die unmittelbare und mittelbare Erstellung von 500 Kasernen, durch die unvermeidbaren Anlaufkosten der Rekrutierung einer Armee von 500 000 Mann, durch die Kosten der Erstausstattung, die Anlage von Flugplätzen, die Beschaffung von Flugzeugen, die Beschaffung von Waffen, durch Schaffung einer neuen Marine auch dann in einem ungeheuren Ausmass belastet, wenn gewisse amerikanische Zusagen auf kostenlose Ausrüstung schwerer Waffen verwirklicht werden sollten. In sachverständigen Kreisen begegnet man immer wieder dem Hinweis, die Errichtung der geplanten 12 Divisionen mit allem Drum und Dran erfordert einen Aufwand von 60 Milliarden DM. Die Bundesregierung hat bisher zu dieser Zahl weder ja noch nein gesagt.

Wer den Bundeshaushalt kennt, ist sich klar darüber, dass das bisherige Volumen des Haushalts nicht in entferntester Ausreicht, um die erforderliche Deckung zu schaffen. Man kann mit einem Etat von rd. 27,8 Mrd. DM, wie er sich nach dem Entwurf von 1955 präsentiert, unmöglich auch nur den Kapitaldienst aus einer Neubelastung von jährlich anteilig mindestens 20 Mrd. DM finanzieren, ohne drückende neue Steuern zu erheben, neue Schulden zu machen, ohne den Sozialetat empfindlich einzuengen oder die Währung zu gefährden.

#### Gefährdung des Exports

Die Bundesregierung hofft, das deutsche Sozialprodukt werde so wachsen, dass die Tragung der neu entstehenden Lasten möglich sein wird. Selbst wenn durch eine Rüstungskonjunktur das Sozialprodukt weiter ansteigen sollte, so stellt dieses Wachstum nur eine Scheinblüte dar, denn was für Rüstungszwecke erzeugt wird, hat nicht den Charakter echten volkswirtschaftlichen Wertes und unterliegt in unserer Zeit außerdem rasch dem Prozess der Veralterung. Eine gewissenhafte Prüfung der ganzen Frage kann - von allen politischen Betrachtungen in diesem Zusammenhang abgesehen - auch an der Tatsache nicht vorbeigehen, dass die haushaltsmässige Auswirkung der Pariser Verträge durch die erzeugte Mehrbelastung praktisch auf eine Einschränkung der deutschen Exportmöglichkeiten infolge Verteuerung der Produktion hinauszulaufen droht. Im ganzen zeigt jede Betrachtung der Auswirkung der Pariser Verträge auf den Haushalt künftiger Jahre sowohl im Bund als auch schliesslich in Wechselwirkung auf die Haushalte der Länder und der Gemeinden ein überaus trübes und dunkles Bild.

Anschlag gegen das polnische Dorf

Von unserem osteuropäischen Mitarbeiter

Der trotz aller Bemühungen der Machthaber Polens noch immer sehr geringe Einfluss des Kommunismus auf die polnische Landbevölkerung lässt die Kommunisten immer wieder nach neuen Mitteln zur Eroberung des Landes sinnen. Während z.B. in der Tschechoslowakei bereits 40 % der landwirtschaftlichen Fläche kollektiviert ist, hat man es in Polen erst auf 8 % gebracht. Selbst wenn man die überwiegend in den Oder-Neisse-Gebieten eingerichteten großen Staatsgüter hinzurechnet, so ergibt das erst 20 % des Bodens, der von Polen nach kommunistischen Prinzipien bebaut wird. Noch deutlicher tritt die Abneigung der polnischen Landbevölkerung gegen den Kommunismus in der Mitgliederstatistik der kommunistischen sogenannten Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei in Erscheinung. Von insgesamt 1,3 Millionen sind nur 13 % der Parteimitglieder Bauern, von welcher sich überdies nur ein knappes Drittel zum Eintritt in ein Bauernkollektiv entschloß.

Dabei ist in Polen im Gegensatz zu anderen Volksdemokratien die Aktion zur Kollektivierung der Landwirtschaft keineswegs abgestoppt worden. Noch im Frühjahr vergangenen Jahres beschloß der kommunistische Parteitag in Warschau die energische Fortsetzung dieser Aktion und folgte damit einer ausgegebenen Parole Bieruts. Trotzdem hat sich das Tempo der Kollektivierung in diesem Jahre weiter verlangsamt. Während in den ersten acht Monaten des Jahres 1953 in 1 450 Gemeinden neue landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, wie die amtliche polnische Bezeichnung für die Kolchosen lautet, mit ungefähr 10 000 Mitgliedern entstanden, waren es in derselben Zeit des folgenden Jahres nur 600 Kolchosen mit 3 700 Bauern.

Nun haben die kommunistischen Machthaber Polens das Problem jetzt von der verwaltungsmäßigen Seite her angepackt. Die im Jahre 1950 durchgeführte Verwaltungsreform, die die kommunale Selbstverwaltung aufhob und nur die staatlichen Verwaltungseinheiten, Wojewodschaft, Kreis und die in der Regel aus mehreren Dörfern beste-

hende Landgemeinde vorsah, erwies sich für die kommunistischen Zielsetzungen auf dem Lande nicht geeignet. Die Landgemeinden waren in der bisherigen Größe von 100 bis 400 qkm und einer Bewohnerzahl von bis zu 18 000 Personen für die kommunistische Infiltrierungspolitik von der Verwaltung her zu groß. Sie wurden daher jetzt in 8 800 kleine Dorfgemeinden von höchstens 3 000 Einwohnern und 50 qkm Flächenumfang aufgesplittert. Die Volksräte für diese Dorfgemeinden wurden Anfang Dezember gewählt. Schon die aus dieser Wahl in die Dorfräte eingezogenen 250 000 Delegierten, die natürlich auf ihre volksdemokratische Zuverlässigkeit geprüft wurden, stellen für die kommunistische Aktion auf dem Lande einen gewaltigen Fortschritt dar. Diese Dorfratsdelegierten sind die Kader, mit deren Hilfe die Warschauer Machthaber das flache Land aufzurollen hoffen. Zwar wurden die Organisationen der kommunistischen Partei angewiesen, sich jeden direkten Druckes auf die Dorfräte zu enthalten, sie "politisch zu inspirieren" wurde aber empfohlen.

Wir haben es also hier mit einer ganz offen zutage getretenen Anpassung der staatlichen Verwaltung an die sonst nicht durchführbaren Ziele des Kommunismus zu tun. Angesichts dieses weitverzweigten kommunistisch-regierten Verwaltungsnetzes wird künftig wohl mit einer stärkeren Einflußnahme der Kommunisten auf das polnische Dorf gerechnet werden müssen. Das bedeutet aber keineswegs, dass es ihnen auch gelingen wird, die Seele des polnischen Bauern zu gewinnen.

\* \* \*

#### Warum wir keine "Aggressoren" sind

-k-Gibt es die Gefahr eines Wiederauflebens des Militarismus in Deutschland? Wird die westdeutsche Armee der "Kern" einer neuen mächtigen Aggressions-Maschine werden, so wie Hitler sie in den dreißiger Jahren entwickelte? Diese Fragen - "die, je näher die westdeutsche Wiederaufrüstung kommt, die Gedanken vieler Völker bewegen" - stellte die "Houston Post" der Texas-Hauptstadt und gab selbst gleich die Antwort: diese Gefahr besteht nicht. Dafür gibt es, so sagte die "Houston Post", drei Gründe:

1. Die Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer, dass die westdeutsche Armee mit amerikanischer Waffen ausgerüstet wird. Die Bundesrepublik wird keine eigene Waffenproduktion haben.
2. Westdeutschlands Mangel an Atomwaffen.
3. "Die Tatsache, dass nur die Hälfte der deutschen Nation an einer 'Weltaggression' teilnehmen könnte, solange die Sowjetunion Ostdeutschland kontrolliert. Und das wird für lange Zeit sein - so lange, als die Sowjets daran festhalten können".

Nun wissen wir, warum wir keine "Aggressoren" mehr sein können, Wir wissen aber auch, wie man im fernen amerikanischen Texas von uns denkt.

\* \* \*

Lippenbekenntnisse

ler. Mit dem Freimut, der zu ihren besonderen Vorzügen zählt, hat die liberale holländische Zeitung "Nieuwe Rotterdamse Courant", ein Blatt von Weltbedeutung, innerhalb kurzer Zeit zweimal zu der deutschen Frage Stellung genommen, in einer Sicht, die jeden Deutschen mit Schmerz erfüllen muss. Kürzlich schrieb dieses Blatt, das Streben der Deutschen nach "Wiedervereinigung wäre unreal und stösse sich an dem Ruhebedürfnis des Westens. In einem zweiten Artikel bemerkte nun die gleiche Zeitung, der deutsche Bundeskanzler gebe sich einer Illusion hin, wenn er glaube, die Pariser Verträge würden der Sache der Wiedervereinigung helfen. Sie gibt den Deutschen den Rat, doch zu bedenken, dass sich die öffentliche Meinung des Westens niemals für dieses deutsche Verlangen ereifern werde. Wenn es von Deutschlands westeuropäischen Bundesgenossen abhinge, "würden sie gern einen modus vivendi mit der Sowjetunion auf der Grundlage des Status quo - einschliesslich der Teilung Deutschlands - billigen".

Ein vernichtenderes Urteil über die Brauchbarkeit der Pariser Verträge für eine aktive Wiedervereinigungspolitik des Westens ist bisher wohl nicht gefällt worden. Dieses holländische Blatt und viele andere Zeitungen aus der westlichen Welt geben hier Stimmungen und Auffassungen wieder, denen sich die demokratischen Regierungen des Westens nicht entziehen können. Keine Regierung darf und kann es wagen, eine Politik zu führen, die in den Völkern selbst keinen Widerhall findet oder gar auf Abneigung stösst. Die offizielle Propaganda der Bundesregierung betreibt ein durchsichtiges Spiel, wenn sie diesen entscheidenden psychologischen und politischen Tatbestand des deutschen Volk verschweigt und so tut, als würde sich der ganze Westen nach Verabschiedung der Pariser Verträge zum Wortführer der deutschen Wiedervereinigung aufwerfen. Was wir aber von dort zu erwarten haben, sind, um mit dem "Nieuwe Rotterdamse Courant" zu sprechen, zu nichts verpflichtende Lippenbekenntnisse, die man macht, um den bundesrepublikanischen Bundesgenossen innenpolitisch keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Diese und ähnliche repräsentative Äusserungen bedeutender westlicher Zeitungen lassen wie niemals zuvor in unserer Nachkriegsgeschichte die Gefahr einer möglichen Verständigung zwischen West und Ost auf Kosten des deutschen Volkes sichtbar werden. Zehn Jahre nach der bittersten Niederlage in seiner Geschichte droht dem deutschen Volk eine neue Vereinsamung, läuft es Gefahr, als neuer Unruhestifter gekennzeichnet zu werden, nur weil es auf sein legitimes Anliegen, in einem Staate vereint zu sein, niemals verzichten kann. Dass die führenden Schichten des Westens in der Souveränität zu den Pariser Verträgen gleichzeitig auch die deutsche Zustimmung zum zweigeteilten Deutschland sehen, mag von deren Sicht aus nicht einmal ein Trugschluss sein. Das Beharren der Bundesregierung auf einer Politik, die den militärischen Anschluss an den Westen höher stellt als die Wiedervereinigung, mag sie dazu verleiten. Mit jedem Tag rächt sich immer mehr die schon geschichtlich gewordene Schuld Bonn, die deutsche Kernfrage als eine Angelegenheit zweiten Ranges zu behandeln. Nur auf diesem tragischen Hintergrund sind solche tragischen unsere Lage blitzartig beleuchtende Bemerkungen verständlich.

Verantwortlich: Peter Raunau